

## Bürgerstiftungen und Kommunen

### Maly: „Bürgerstiftungen sind wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft“

Ein Interview mit Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Nürnberg, zum Verhältnis zwischen Kommunen und Bürgerstiftungen:

**Frage:** Die Bürgerstiftungsbewegung wächst seit Gründung der ersten deutschen Bürgerstiftungen in den 90er Jahren stark. Welche Rolle spielen Bürgerstiftungen Ihrer Meinung nach für das lokale Gemeinwesen heute?

**Maly:** Die „Gründungswelle“ der Bürgerstiftungen ist auf jeden Fall eine große Erfolgsgeschichte, auch wenn der Aufbau des Stiftungskapitals nicht überall den ersten Hoffnungen entspricht. Das Grundkonzept der Bürgerstiftungen, das ich ganz kurz mit den Begriffen kooperativ, engagiert, transparent und demokratisch umschreiben möchte, ist auf jeden Fall eine Bereicherung für das örtliche Gemeinwesen. In den vergangenen Jahren hat sich ja insgesamt das Verhältnis zwischen den drei Sektoren Staat/Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neu sortiert und vielerorts sehr gebessert: Man hat erkannt, dass man gemeinsam weiter kommt, als wenn man in alten Rollenverständnissen verhaftet bleibt. Da sind die Bürgerstiftungen ein ganz wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft, gerade weil sie verschiedene Rollen quasi „überparteilich“ übernehmen können, die bei anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, die viel engere Zieldefinitionen haben, so nicht akzeptiert würden.

**Frage:** Wie sehen Sie das Zusammenspiel von Kommunen und Bürgerstiftungen?

**Maly:** Im erwähnten Zusammenspiel Kommune – Wirtschaft – Zivilgesellschaft haben, nach meiner Wahrnehmung, die Bürgerstiftungen ein sehr gutes Standing, weil sie allgemein als Zusammenschluss besonders engagierter Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden. Für die Stadtpolitik und Stadtverwaltung ist die Zusammenarbeit mit den Bürgerstiftungen ein gutes Übungsfeld wie man im Sinne von „Good Governance“ auf Augenhöhe, kooperativ, nichtdirigistisch, ziel-orientiert mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten kann. Das schließt unterschiedliche Auffassungen und Zielkonflikte natürlich nicht aus, ohne jedoch den Leitgedanken „Stadtgesellschaft im Dialog“ aus den Augen zu verlieren. Ich glaube, dass das viele Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik genauso sehen. Wenn ich mir die konkrete Zusammenarbeit von Stadt und Bürgerstiftung in meiner Stadt, in Nürnberg, ansehe, dann sehe ich: Gute Kontakte, viel Unterstützung der Bürgerstiftung auch – aber natürlich nicht nur – für kommunale Einrichtungen (vor allem im Bereich „Kinder“) und einen grundsätzlichen gemeinsamen Zielkorridor, der in meiner Formulierung „Solidarische Stadtgesellschaft“ heißt. Dies beruht aber nicht auf konkreten Vereinbarungen, die Bürgerstiftung in Nürnberg ist absolut selbständig, hängt nicht am „kommunalen Tropf“ und definiert in einem sehr demokratischen Verfahren unter Einbeziehung ihrer Ehrenamtlichen ihre Ziele und Aktivitäten selbst. Eine direkte Verbindung, die unser Gesamtpersonalrat initiiert hat und von mir unterstützt wurde, gibt es allerdings seit mehr als zehn Jahren: Wir haben für Mitarbeiter/-innen und Pensionäre der Stadtverwaltung den „Rest-Cent“ eingeführt, bei dem die Cent-Beträge hinter dem Komma bei der Gehaltsabrechnung freiwillig abgeführt werden können: Diese Beträge – immerhin mehrere tausend Euro pro Jahr – gehen an die Bürgerstiftung Nürnberg, die aber über die Verwendung völlig frei verfügen kann.

**Frage:** Unter welchen Bedingungen können Bürgerstiftungen am besten vor Ort arbeiten? Welchen Stellenwert haben Aspekte wie Unabhängigkeit und Transparenz?

**Maly:** Bei Letzterem angefangen: Die Transparenz ist ein ganz wichtiger Faktor, der die Bürgerstiftungen vor vielen anderen Stiftungen auszeichnet und für ihre Glaubwürdigkeit enorm wichtig ist. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat ja bei einer Umfrage festgestellt, dass weniger als ein Fünftel der deutschen Stiftungen ausführlich über Geschäftstätigkeit und Finanzen zum Beispiel im Internet informiert. Wenn man aber eine Stiftung „von Bürgern für Bürger“ sein will und die Zustiftungen, Spenden und Mitarbeit von möglichst vielen Bürgern und Bürgerinnen erreichen will, dann ist dies eine unabdingbare Voraussetzung. Und mit der Unabhängigkeit verhält es sich ähnlich: Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sehen, dass sich eine Bürgerstiftung – von wem auch immer – instrumentalisieren lässt, dann werden Rückhalt und Glaubwürdigkeit nachlassen. Was für Bürgerstiftungen meines Erachtens heute noch an vielen Stellen schwierig ist, ergibt sich auch aus dem „Doppelgesicht“ der Ehrenamtlichkeit: Der Wert und die Qualität von bürgerschaftlichem Engagement – ich würde sagen: der Charme – liegt ja in der

unbezahlten Mitarbeit und dem finanziellen Engagement vieler. Andererseits ist es ohne eine kontinuierliche hauptamtliche Struktur natürlich nicht einfach, die vielen Aufgaben, denen sich eine Bürgerstiftung zuwenden könnte und wollte, zu bewältigen. Da muss jede Bürgerstiftung vor Ort eine gute Lösung für ihr Projektmanagement und ihr Fundraising finden und vielleicht auch eine sinnvolle Eingrenzung ihres Tätigkeitsspektrums.

**Frage:** Nun ist der Begriff Bürgerstiftungen rechtlich nicht geschützt, was dazu führt, dass auch andere Akteure ihn nutzen. Wie wichtig ist es für den Erfolg von Bürgerstiftungen zu verhindern, dass der Begriff ausgehöhlt wird?

**Maly:** Ich weiß, dass sich unter dem Begriff „Bürgerstiftung“ viele finden, die stärker von Kommunen, Sparkassen, genossenschaftlichen Kreditinstituten oder Stiftungsmanagern gesteuert werden als die originären, mit dem Gütesiegel ausgezeichneten Bürgerstiftungen, sich dies wünschen. Ich spreche diesen Stiftungen keineswegs ihre Legitimität ab, würde mich aber freuen, wenn es zu mehr begrifflicher Klarheit käme. Ich halte deshalb das Vorhaben der „Initiative Bürgerstiftungen“ und der „Aktiven Bürgerschaft“ für richtig, mit diesen Stiftungen in den direkten Austausch zu treten. Übrigens haben wir begrifflich noch eine andere, noch größere Aufgabe: Wir müssen dafür sorgen, dass immer weniger Leute, wenn sie das Wort „Stiftung“ hören, an Liechtenstein und Steuertricks denken, sondern immer mehr Menschen sofort an die – weit über 90 Prozent – gemeinnützigen Stiftungen denken und vielleicht sogar eine aus ihrer Umgebung benennen können. Warum nicht die nächstgelegene Bürgerstiftung?

**Frage:** Wird in einer Kommune eine „Bürgerstiftung“ ins Leben gerufen, die gar keine im Sinne der Definition des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen ist, stehen die lokalen Akteure – seien es Bürgermeister oder engagierte Bürger – dem oft unsicher gegenüber. Was raten Sie in dieser Situation?

**Maly:** Wie bei jeder anderen Stiftung: Sich die Satzung ansehen, die Transparenz prüfen, die Konstruktion ansehen – und am besten auch mit handelnden Personen sprechen. Eine Kommune kann und sollte es sich nicht leisten, mit Partnern aus der Zivilgesellschaft nicht zu sprechen!

**Frage:** Insbesondere in Bayern werden eine Vielzahl von „Nicht-Bürgerstiftungen“ gegründet, die unter dem Namen Bürgerstiftung segeln; häufig errichtet von der Kommune oder von Kreditinstituten. Was kann aus Ihrer Sicht getan werden, um eine diesbezügliche Beliebigkeit zu vermeiden? Welche Akteure sind gefordert?

**Maly:** Ich bin niemand, der gesetzliche Regelungen fordert, wo sie nicht unerlässlich sind. Ich setze auf Erkenntnisgewinn und Dialog. In sehr vielen Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Dynamik – und dazu gehören die Bürgerstiftungen – mussten und müssen sich einheitliche Standards erst in einem längeren Prozess herauskristalisieren und durchsetzen. Unerlässlich dafür sind Foren, in denen man – auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene – sich austauscht und unterschiedliche Sichtweisen thematisiert. Da können auch die kommunalen Spitzenverbände als Partner mitspielen.

Seit 2001 ist die „Initiative Bürgerstiftungen“ unter dem Dach des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen das zentrale und unabhängige Kompetenzzentrum für Bürgerstiftungen in Deutschland. Sie berät, schult und vernetzt Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen und informiert die Öffentlichkeit über Entwicklungen im Bürgerstiftungssektor. Weitere Infos unter [www.buergerstiftungen.org](http://www.buergerstiftungen.org).